

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist aber untrennbar verbunden mit dem Charakter unserer Epoche, mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Daraus ergibt sich einerseits, daß sie keine kurzfristige Erscheinung ist, sondern die Zeitspanne des Übergangs vom Ka-

pitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab umfaßt. Vor allem aber ergibt sich, daß ihr Verlauf in erster Linie durch den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus und das dabei entstehende reale Kräfteverhältnis bestimmt wird.

Wachsende ökonomische Kraft des Sozialismus

Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu Beginn der siebziger Jahre wird vor allem durch das veränderte Kräfteverhältnis, durch den wachsenden internationalen Einfluß des Sozialismus bestimmt. Dieser ist besonders auf die wachsende ökonomische Kraft der sozialistischen Länder zurückzuführen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich eine grundlegende Veränderung vollzogen:

Anteil an der Weltindustrieproduktion
(in Prozent)

Jahr	Sozialist. Länder	National-Staaten	Imperial. Länder
1950	20	etwa 5	75
1970	40	etwa 10	50

Erhöhung der Industrieproduktion und des
Nationaleinkommens
(1950 bis 1970)

	Industrie- produktion auf das	National- einkommen auf das
RGW	6,8fache	4,8fache
EWG	3,8fache	3,0fache
entw. kap. Länder insgesamt	2,8fache	2,3fache

Im Jahre 1971 wuchs die Industrieproduktion der RGW-Staaten um 7,8 und die der entwickelten kapitalistischen Länder um 0,8 Prozent, so daß sich die Relationen weiter zugunsten des Sozialismus verschoben haben.

Diese Zahlen manifestieren zunächst, daß der kalte Wirtschaftskrieg der imperialistischen Staaten, der mit Embargolisten, Handelssperren u. ä. Methoden geführt wurde, gescheitert ist. Diese Politik erwies sich als Bumerang. Den Schaden hatten jene Monopole und Staaten, die dieser Embargopolitik folgten.

Natürlich verfügten die sozialistischen Länder schon immer über einen stabilen Markt. Aber solange sie nur 10 oder 20 Prozent der Weltindustrieproduktion herstellten, hatten die ökonomischen Beziehungen zu ihnen noch kein besonders großes Gewicht. Jetzt aber, da sie 40 Prozent der Industrieproduktion erzeugen und sich rasch entwickeln, hat es sich ökonomisch als nachteilig erwiesen, auf diesen sich rasch erweiternden Markt zu verzichten.

Das heißt aber, normale wirtschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Ländern werden für eine ständig wachsende Zahl von kapitalistischen Konzernen immer mehr zu einer Existenzbedingung. Normale ökonomische Beziehungen sind aber auf die Dauer nicht möglich ohne eine Normalisierung der politischen Beziehungen. Das ist einer der Gründe für das Bestreben, sich dem neuen Kräfteverhältnis anzupassen. Offensichtlich waren aus diesen Gründen zahlreiche Konzern Vertreter an der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau interessiert. Besonders durch die gewachsenen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen, die militärische Überlegenheit und das große politische Gewicht der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft sind die bisherigen strategischen Konzeptionen des Imperialismus gescheitert, die alle in der einen oder anderen Form von der Politik der Stärke ausgingen. Die Krise dieser Politik ist seit langem offensichtlich. Unter dem Druck der Realitäten und der damit verbundenen Mißerfolge wurden Teile des Monopolkapitals und der mit ihnen paktierenden politischen Parteien zu der Erkenntnis gezwungen, daß der Versuch, die sozialistische Staatengemeinschaft von außen „aufzurollen“, keine Erfolgchancen hat. Die herrschenden imperialistischen Kreise geben allerdings nicht die Hoffnung auf, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern neue Kanäle öffnen würde, um politisch und ökonomisch, insbesondere aber ideologisch, in die DDR und die anderen sozialistischen Länder einzudringen und eine Aushöhlung der sozialistischen Ordnung zu erreichen.

Wesentlich ist jedoch, daß die sozialistische Staatengemeinschaft zu Beginn der siebziger Jahre nunmehr die Kraft besitzt, um im Ringen zwischen Sozialismus und Imperialismus den Kampfplatz und die Kampf formen zu bestimmen. Zu Beginn der siebziger Jahre ist eine historisch neue Situation entstanden, die es der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft ermöglicht, erfolgreich ihre Friedenspolitik fortzusetzen. Das schafft sowohl günstige Bedingungen für den weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als auch